

Bremst die deutschen Waffenexporte!

Zu seinem 95. Geburtstag appelliert Altkanzler Helmut Schmidt an die Bundesregierung. Dazu ein Report über den Weg deutscher Gewehre in Krisengebiete DOSSIER, SEITE 13–16



Titelfoto (M): Anatol Korte für DIE ZEIT (Hamburg, 14.10.2013)

GENERATIONENGERECHTIGKEIT

Die Altenrepublik

Die Politik erschafft mit Rentengeschenken jenen selbststüchtigen Pensionär erst, dessen Zorn sie dann fürchtet VON KERSTIN BUND

Als die Rente mit 67 eingeführt wurde, tobte das Land. Die Gewerkschaften liefen Sturm, bei der folgenden Bundestagswahl stürzte die SPD ab. So sah sie aus, die Rache der Alten. Nun will die künftige Regierung wieder an die Rente, aber andersherum, diesmal soll es mehr geben: Die SPD will die Rente mit 67 für viele wieder abschaffen und langjährig Versicherte schon mit 63 abschlagsfrei in den Ruhestand schicken. Die Union verspricht Müttern, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, 6,5 Milliarden Euro mehr – im Jahr. Der Koalitionsvertrag ist eine Verheißung für die Alten und, ja, eine kleine Verschwörung gegen die Jungen.

Und was passiert? Ein paar halbjunge CDU-Politiker verfassen, vor Mut zitternd, ein Papierchen. Darin finden sich zwei Seiten Lob und Hudel für Angela Merkel, dann die Feststellung, die CDU sei »gut und breit aufgestellt«, schließlich der Aufstand in den Grenzen der Bravheit: »Die Sorge, dass das vereinbarte Rentenpaket (...) die Erfolge der Rentenpolitik (...) gefährden könnte, bleibt.« Das also ist die Revolte der Jugend, ein Papierflieger auf dem Weg ins Kanzleramt. Verglichen mit der Wut, die die Rente mit 67 entfachte – ein Witz.

Die Jungen sollen noch mehr zahlen – und später noch weniger bekommen

Man könnte jetzt auch noch auf Schulden, Umwelt, Demografie zu sprechen kommen. Die Jungen erben Schulden in Billionenhöhe, die ihnen die reichsten Eltern aller Zeiten hinterlassen. Man könnte das Klima thematisieren, auf dessen Kosten sich Vorgenerationen den Wohlstand gesichert haben und weiter sichern. Doch die Rente soll jetzt mal genügen, an ihr allein wird schon deutlich, in welchem Maße die Politik das Wohl der Alten im Auge hat.

Nun kann man sagen, dass sei in einer alternden Gesellschaft ganz natürlich. Die Demokratie passt sich der Demografie an. Sie nützt jenen am meisten, von denen es die meisten gibt. Und die Alten sind bald in der Mehrheit. Deutschland ist schon ein Land der Grauhaarigen: 20 Millionen Rentner, jeder dritte Wähler älter als 60. Doch die Herrschaft der Alten über die Jungen wäre die Herrschaft der Pensionäre über die, die malochen. Eine Rentnerdemokratie wäre das Ende der Solidargemeinschaft.

Der Generationenvertrag gründet darauf, dass die jüngere Generation für die ältere sorgt. Wer heute arbeitet, zahlt für den, der bereits Rentner ist. Das hat lange gut funktioniert. Wer aber heute eine Arbeit aufnimmt, weiß, dass er von der gesetzlichen Rente im Alter nicht viel erwarten kann. Die Jungen haben akzeptiert, dass sie selbst vorsorgen müssen. Sie sparen privat fürs Alter, gleichzeitig finanzieren sie die heutigen Rentner – und sollen jetzt noch mehr zahlen, obwohl sie später noch weniger bekommen? So geht's nicht.

Das Ziel vergangener Reformen war es gerade, das Rentensystem für eine alternde Gesellschaft

stabil zu machen. Das Rentenniveau wurde abgesenkt, die private Vorsorge erfunden, die Rente mit 67 eingeführt. Die Reformen sollten die Beiträge bezahlbar halten und verhindern, dass das System kollabiert, in dem immer weniger Beitragszahler immer mehr Rentner versorgen müssen. Wer lange lebt, muss länger arbeiten: Das hatte man in Deutschland endlich begriffen. Doch - Union und SPD wollen davon heute nichts mehr wissen. Mit ihren Plänen sorgen sie dafür, dass die Reserven der Rentenkasse in wenigen Jahren aufgebraucht sein werden. Statt dass die Beiträge heute sinken, werden sie dann wohl steigen.

Die Koalition will die Rente gerechter machen und macht sie ungerechter. Die Mütterrente soll eine Gerechtigkeitslücke schließen, indem sie Mütter von älteren Kindern jenen mit jüngeren Kindern schrittweise gleichstellt. Normalerweise gilt jede Sozialleistung ab einem bestimmten Stichtag, ohne dass alle, die davor leer ausgegangen sind, nachträglich entschädigt würden. Das Betreuungsgeld etwa wird auch nicht rückwirkend an Eltern gezahlt, die ihre Kinder bisher zu Hause betreut haben. So viel Gerechtigkeit gibt es eben nur – für Rentner.

Das eigentliche Problem bei der Rente ist die Altersarmut, die Millionen von Rentnern in Zukunft droht. Doch dagegen hilft die Mütterrente nicht, weil von ihr vor allem Frauen profitieren würden, die auf die 28 Euro mehr im Monat gar nicht angewiesen sind. Die Bekämpfung der Altersarmut darf auch nicht nur denjenigen aufgebürdet werden, die heute in die Rentenkasse einzahlen. Sie ist eine Aufgabe der ganzen Gesellschaft, zu der alle Steuerzahler, also auch Beamte und Selbstständige, beitragen müssen. Schließlich ist die Rente keine fürsorgliche Leistung des Staates, sondern ein von den Beitragszahlern erarbeitetes Einkommen.

Sind die Rentner egoistisch? Denken sie nicht an ihre Kinder und Enkel?

Der Generationenvertrag ist richtig, aber er gilt auch umgekehrt: Nicht nur die Jungen sorgen für die Alten, auch die Alten vermeiden es, die Jungen über die Maßen zu strapazieren.

Erscheint dieser Gedanke den Rentnerinnen und Rentnern nicht plausibel? Sind sie wirklich so egoistisch? Kann die Politik also gar nicht anders, als dem demografischen Druck demokratisch nachzugeben? Keineswegs, die Alten haben schließlich Kinder und Enkelkinder, sie können auch nach anderen Kriterien wählen als nach ihren eigenen materiellen Interessen. Doch dafür muss die Politik die andere, die der Jugend zugewandte Seite der Alten ansprechen. Das muss man der neuen Großen Koalition wirklich vorwerfen: Sie zieht sich mit ihren Rentengeschenken den egoistischen Rentner erst heran, vor dessen Wählermacht sie anschließend zurückweichen muss.

www.zeit.de/audio

INTERNETKONZERNE

Wut der Giganten

Datensammler wie Google und Facebook machen Front gegen die Methoden der NSA. Warum ausgerechnet sie? VON HEINRICH WEFING

Es gibt einen Ort, einen einzigen Ort, an dem die ausufernde globale Überwachung durch den US-Geheimdienst NSA beendet werden kann. Dieser Ort liegt im Herzen der Vereinigten Staaten, in der Hauptstadt Washington, auf den paar Quadratkilometern der Macht, wo sich das Weiße Haus befindet und das Kapitol, das amerikanische Parlament.

Die amerikanischen Dienste, die jeden Tag weltweit Millionen Datensätze absaugen, das Handy der Kanzlerin abgehört haben, auf Pornoseiten herum schnüffeln und sogar in Onlinespielen nach vermeintlichen Terroristen fahnden, diese Dienste operieren, als wären sie ein neurotischer Staat im Staate, aber das sind sie nicht. Sie bekommen ihre Milliarden aus dem US-Haushalt, und sie tun, was ihnen die Politik aufgetragen hat, erst unter Bush, dann, kaum verändert, unter Obama.

Sicher, es ist fast so etwas wie eine bürokratische Gesetzmäßigkeit, dass Geheimdienste aller Staaten ihre Macht tendenziell auszudehnen und so viele Daten wie irgend möglich zu sammeln versuchen, ihr Maß heißt Maßlosigkeit. Auch die NSA und ihre Schwesterdienste sind regelmäßig über das Gesetz hinausgeschossen, haben immer wieder die Anweisungen des Geheimrichters FISA, das sie kontrollieren soll, ignoriert. Doch auf welcher Stufenleiter ein Geheimdienst seiner inneren Logik folgt, wie weit er es treibt und übertreibt, kann die Regierung durchaus beeinflussen. Nun ist es an der Politik, die übelsten Auswüchse zurückzuschneiden, die Aufsicht durch Parlament, Gerichte und Exekutive wiederherzustellen.

Deshalb ist die Kampagne, zu der sich gerade die acht größten US-Internetkonzerne zusammengeschlossen haben, so wichtig. Vielleicht wichtiger noch als der weltweite Aufruf von Schriftstellern für die Freiheit im digitalen Zeitalter. Gemeinsam haben Google, Facebook, Twitter, Yahoo und andere Giganten des Silicon Valley von Präsident Obama gefordert, die staatliche Überwachung zu reformieren. Die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit sei außer Kontrolle geraten, »die Freiheit, die wir alle schätzen«, werde untergraben, es sei Zeit für einen Wandel. »Time for a change«, das zielt direkt auf Obamas alten Wahlkampfslogan.

Dieser Aufruf markiert einen Einschnitt. Nicht nur, weil die Internetkonzerne, die sonst stets heftigste Konkurrenten sind, sich zum ersten Mal zu einer politischen Initiative verbündet haben. Auch nicht nur, weil sie das strahlende Schmuckstück der US-Ökonomie darstellen und längst zu den bedeutendsten Wahlkampfspendern von Obamas Demokra-

tischer Partei zählen. Wichtiger noch ist der Umstand, dass hier Teile der amerikanischen Wirtschaftselite im Kampf gegen den Überwachungswahn endlich gemeinsame Sache machen mit der Zivilgesellschaft der Bürgerrechtsgruppen, Menschenrechtsanwälte und der liberalen Medien.

Dass die Netzgiganten dabei eigene Interessen verfolgen, ist offensichtlich, jedoch nicht illegitim. Sie fürchten um die Freiheit des Netzes, fürchten Umsatzverluste im Ausland durch Regulierungen fremder Staaten, und am meisten fürchten sie, dass ihre Nutzer das Vertrauen in die Sicherheit ihrer Daten verlieren (andererseits: Wer vertraut eigentlich noch Google?). Natürlich kann man sich über den neu erwachten Bürgerrechtsaktivismus der privaten Datensammler lustig machen, schließlich ist ihr Geschäftsmodell ja im Kern identisch mit dem der Geheimdienste: so viele Informationen wie möglich über so viele

Menschen wie möglich zusammenzuraffen und auszuwerten. Zugespielt formuliert: wenn schon Daten sammeln, dann nur privat. Nur gibt es eben einen entscheidenden Unterschied: Facebook, Google und Twitter bekommen ihre Daten (mehr oder weniger) freiwillig von ihren Kunden. Und AOL kann niemanden verhaften, Yahoo schickt keine Todesdrohnen in die Welt.

Als Barack Obama noch Senator war und später Wahlkämpfer, gehörte er zu den schärfsten Kritikern der NSA. Er hat Gesetzesvorlagen unterstützt, die eine strengere Überwachung der Geheimdienste möglich machen sollten. Als Präsident hat er diese liberale Agenda weithin vergessen – unter dem Eindruck mehrerer Anschläge, auf Drängen der Dienste und aus Sorge, als Weichei dazustehen. Nun wächst der Gegendruck – wegen der Enthüllungen von Edward Snowden, wegen der Wut im Ausland, auch bei Verbündeten wie Deutschland. Und dank der Initiative der Internetindustrie. Glattweg ignorieren kann der US-Präsident diesen Druck nicht mehr. Schon in den nächsten Tagen soll eine von ihm eingesetzte Kommission erste Reformvorschläge machen.

Das ist auch die Pointe der Initiative aus dem Silicon Valley: Nur ein Staat, der seine eigenen Datenexzesse in den Griff bekommt und ein effektives Kontrollregime für die Geheimdienste etabliert, wird sich eines Tages nach Kalifornien wenden können, um mit einiger Legitimität zu fragen: Ihr Internet-Giganten, heroische Verteidiger der Bürgerrechte – wie steht es denn bei euch mit dem Schutz des Privaten?

Autorenprotest

Über 500 Schriftsteller verteilen die Überwachung Feuilleton, S. 47



Ist es das Geld wert? Die Stiftung Warentest prüft für uns die Güte der Dinge – seit 50 Jahren

Magazin, Seite 38

PROMINENT IGNORIERT



Bismarck leutselig

Carl-Eduard Otto Wolfgang Jayme Anders Graf von Bismarck-Schönhausen, Urenkel des Reichskanzlers, wohnhaft in Friedrichruh, wo dieser seine letzte Ruhe finden sollte, angesichts der Nachkommen jedoch eher nicht findet, hat sich über den Erbstreit, seine Schulden und seine Trunksucht in der Bild am Sonntag etwa so breit ausgelassen wie sein Name lang ist. »Leutselig macht das Missgeschick«, heißt es im Wallenstein. GRN.

Kleine Fotos: plainpicture; BrauerPhotos

ZEIT ONLINE GmbH: www.zeit.de; ZEIT-Stellenmarkt: www.jobs.zeit.de; Zeilverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG, 20079 Hamburg; Telefon 040 / 32 80 - 0; E-Mail: DieZeit@zeit.de, Leserbrief@zeit.de

ABONNENTENSERVICE: Tel. 040 / 42 23 70 70, Fax 040 / 42 23 70 90, E-Mail: abo@zeit.de

PREISE IM AUSLAND: DKR 45,00/NOR 65,00/FIN 7,00/E 5,50/Kanaren 5,70/F 5,50/NL 4,80/A 4,60/CHF 7,30/I 5,50/GR 6,00/B 4,80/P 5,50/L 4,80/HUF 1960,00

N°51

68. JAHRGANG C 7451 C



4 190745 104500 5 1



Titel: **Bremst die deutschen Waffenexporte!**

Die Bundesrepublik ist eine Exportnation, auch wenn es um Rüstungsgüter geht. Eine **Weltkarte** zeigt, wo deutsche Gewehre und Maschinenpistolen im Einsatz sind (Seite 14). Kleinwaffen sind die **Massenvernichtungsmittel** unserer Zeit, schreibt **Helmut Schmidt** – und plädiert dafür, die deutschen Ausfuhren massiv einzuschränken (Seite 15)



Verkauft, verpackt, verschickt in alle Welt: Das G36-Gewehr

Der Tod kommt aus Deutschland

Das Schnellfeuergewehr G36 ist eine hochmoderne Waffe – und ein profitables Produkt. Die Firma Heckler & Koch darf es nur mit Genehmigung der Regierung ins Ausland verkaufen. Warum taucht es trotzdem immer wieder in Krisengebieten auf?

VON AMRAI COEN, HAUKE FRIEDERICHS UND WOLFGANG UCHATIUS

Am Tag vor seinem Tod nimmt Gabriel Echeverría seine Mutter in den Arm und sagt, was er immer sagt, wenn er geht: »Bis bald, Mama. Wenn wir uns in diesem Leben nicht mehr sehen, dann im nächsten.«

24 Stunden später steht Echeverría, 20, auf der Autobahn, die Mexiko-Stadt mit dem Pazifik verbindet. Es ist der 12. Dezember 2011, Feiertag in Mexiko, die Menschen wollen ans Meer. Echeverría steht ihnen im Weg. Er ist einer von rund 300 jungen Mexikanern, die die Straßen blockieren und Transparente in die Luft halten. Sie sind Studenten einer Hochschule, an der Bauernkinder zu Lehrern

ausgebildet werden. Später sollen sie einmal die nächste Generation alphabetisieren und ihr Chancengleichheit bringen. Jetzt demonstrieren sie für mehr Bücher, mehr Studienplätze, mehr Bildung.

Es dauert nur Minuten, bis die Sirenen kreischen. Polizisten springen von Pick-ups, sie tragen kugelsichere Westen, Helme und Schnellfeuergewehre. Tränengasgranaten zischen durch die Luft.

Die Studenten rennen durcheinander, husten. Echeverría wickelt sich einen Pullover um den Kopf, gegen das Gas. »Wir wollen doch nur mit euch reden!«, schreit er zu den Polizisten hinüber.

Die Polizisten feuern Schüsse in die Luft. Studenten werfen Stöcke und Steine. Am Straßenrand geht eine Tankstelle in Flammen auf.

Echeverría hält keinen Stein in der Hand und keinen Stock. Er läuft auf die Polizisten zu, fünf, sechs Schritte, Schüsse fallen, Schreie gellen, Echeverría läuft weiter, dann trifft ihn ein Projektil in den Hals. Mit dem Gesicht nach unten bleibt er liegen.

Eine halbe Stunde später melden die Nachrichtenagenturen: 3 Tote, 14 Verletzte, 24 Verhaftete.

Heute, genau zwei Jahre später, lassen sich die Vorfälle jenes Tages mithilfe von Videoaufnahmen, Polizeiakten und Zeugenaussagen rekonstruieren. Sichtet man dieses teilweise unveröffentlichte Material, entsteht eine Verbindung zwischen dem Polizeieinsatz, bei dem der junge Mexikaner Gabriel Echeverría starb, und einem deutschen Unternehmen aus Oberndorf am Neckar.

In der Nähe von Echeverrias Leiche fanden sich Patronenhülsen des Kalibers 5,56 mal 45 Millimeter, die übliche Gewehrmunition bei den Armeen der Nato-Staaten. Der *ZEIT* liegen Personalakten von Polizisten vor, die an jenem 12. Dezember 2011 im Einsatz waren. Oben auf den Seiten stehen ihre Namen, Geburtsdaten und Dienstränge, unten ist ihre Bewaffnung aufgeführt. Dort steht: G36.

Das G36 ist die Standardwaffe der Bundeswehr. Militärisch gesprochen, ist es ein Schnellfeuergewehr. Es besteht zu einem großen Teil aus Kunststoff und wiegt nur 3,6 Kilo. Es ist leicht, handlich und kann pro Sekunde zwölf Kugeln abschießen.

Ökonomisch gesehen, ist das G36 das Qualitätsprodukt eines deutschen Mittelständlers, von Fach-

leuten weltweit bewundert, ähnlich wie Kettensägen von Stihl und Kopfhörer von Sennheiser. Mit dem G36 schießen nicht nur Bundeswehrsoldaten, sondern auch Armee- und Polizeieinheiten der USA, Großbritanniens, Norwegens, Spaniens, Australiens, Portugals und Frankreichs.

Das G36 wird gebaut von der Firma Heckler & Koch in Oberndorf. Auf deren Internetseite heißt es, das Gewehr sei »optimal in der Handhabung, im Gewicht und der Feuerdichte im Nahkampf«.

Wie gelangte es nach Mexiko? Anders als die Hersteller von Kettensägen und Kopfhörern dürfen deutsche Rüstungsunternehmen

Fortsetzung auf S. 14

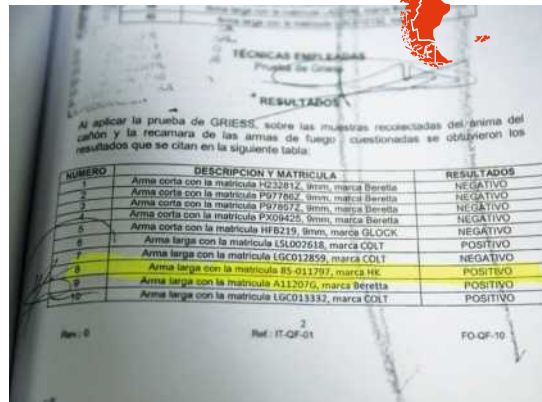
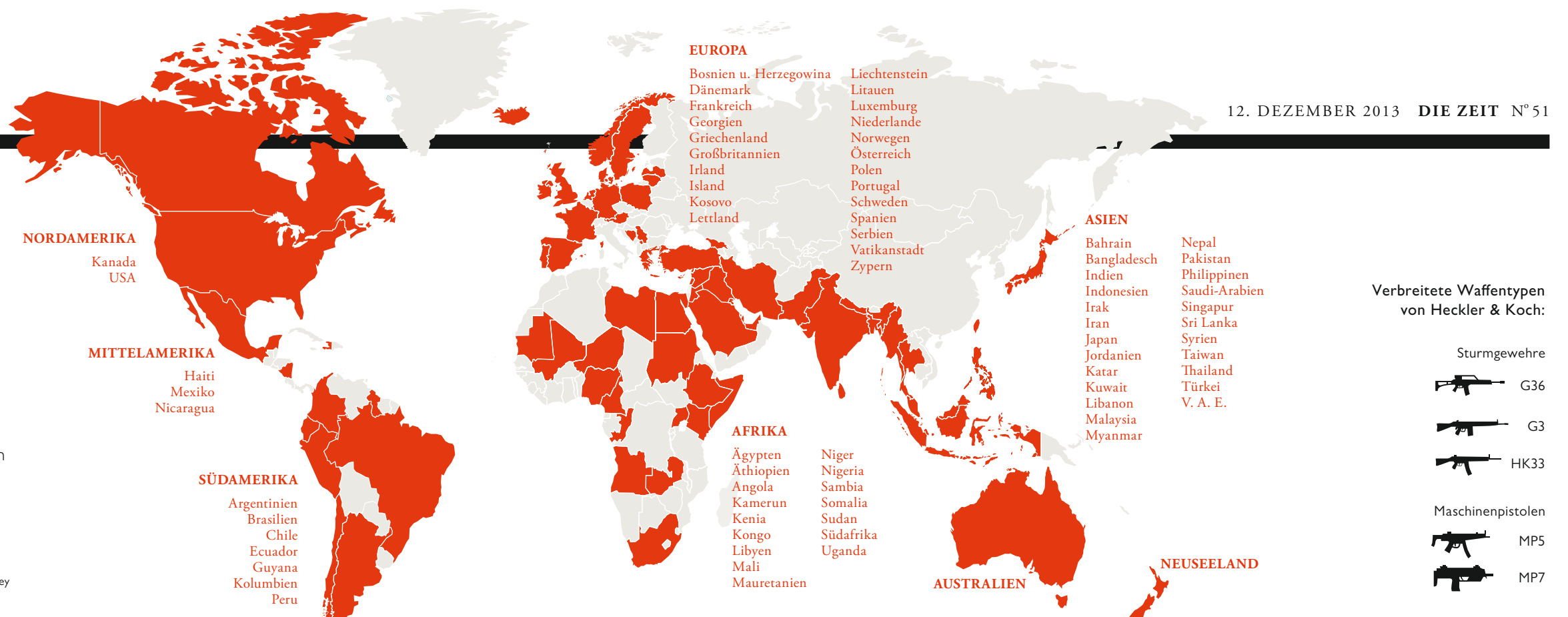


Planet der Waffen

Länder, in denen von Heckler & Koch entwickelte Gewehre und Maschinenpistolen im Gebrauch sind

Waffen im Einsatz

ZEIT-GRAFIK/Quelle: BICC, BITS, Bundesregierung, DAKS, GKKE, Heckler & Koch, Jane's, RIB, Sipri, Small Arms Survey



In Mexiko werden Waffen von Heckler & Koch genutzt, das belegen Fotos (ganz links) und Polizeiakten (links)

Die Fabrik von Heckler & Koch in Oberndorf (rechts), ein Bild des erschossenen Mexikaners Gabriel Echeverría (ganz rechts)



Fortsetzung von S. 13

Der Tod kommt ...

ihre Produkte nicht ohne Genehmigung der Bundesregierung ins Ausland verkaufen. Besteht der Verdacht, dass die Waffen in Krisengebieten landen oder »zu fortwährenden und systematischen Menschenrechtsverletzungen missbraucht werden«, ist die Ausfuhr genehmigung grundsätzlich zu verweigern. So steht es in den »Politischen Grundsätzen der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern«.

Im Jahr 2002 begann Heckler & Koch in Mexiko für seine Produkte zu werben. Der Staat steckte im Krieg gegen die Drogenmafia und wollte Tausende Gewehre kaufen. 2005 wurde ein erster Vertrag zwischen Heckler & Koch und der mexikanischen Regierung geschlossen, berichtet ein ehemaliger Mitarbeiter des Unternehmens, der heute in den USA lebt. Vorher hatte Heckler & Koch beim Bundeswirtschaftsministerium die Erlaubnis für den Export von G36-Gewehren nach Mexiko beantragt.

Die Bundesregierung stimmte zu, erteilte dem Unternehmen aber eine Auflage: Die Gewehre dürften nicht an Polizeieinheiten aus den mexikanischen Bundesstaaten Chiapas, Chihuahua, Jalisco und Guerrero abgegeben werden. Bürgerrechtler berichten seit Jahren von korrupten Polizisten dort, von willkürlichen Inhaftierungen, Folter und Tötungen.

Das mexikanische Verteidigungsministerium gibt zu, dass heute knapp die Hälfte der rund 10 000 importierten Gewehre in genau diesen vier Krisenprovinzen im Einsatz sind. Die Autobahn, auf der Gabriel Echeverría starb, liegt in Guerrero.

Wie konnte das passieren? Hat die mexikanische Regierung das Unternehmen Heckler & Koch hintergangen? Oder hat Heckler & Koch die Bundesregierung getäuscht?

Was ist das für ein Unternehmen, das nicht nur Schnellfeuerwaffen produziert, sondern auch Maschinenpistolen und Scharfschützengewehre und den Großteil davon ins Ausland verkauft? Es gibt Berechnungen von Militärfachleuten, wonach die Produkte von Heckler & Koch bis heute mehr Menschen getötet haben als die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki zusammen.

Folgt man den Exportrouten des derzeit wichtigsten Produkts dieses Unternehmens, des Gewehrs G36, führt die Spur dieser Waffe nach Libyen, Georgien und Saudi-Arabien. Am Ende begreift man, wie es kommt, dass moderne Schusswaffen seit Jahren die Kriege und Bürgerkriege in Asien, Afrika und Lateinamerika befeuern.

Oberndorf ist eine kleine Stadt mit 14 000 Einwohnern, zwischen Schwarzwald und Schwäbischer Alb an einem Hang gelegen, umgeben von Idylle. Ganz oben, im Stadtteil Lindenhof, am Ende einer

Serpentinstraße, steht eine Fabrik, an der Fassade prangen zwei große rote Buchstaben, ein H und ein K. Heckler & Koch. Auf einer Tafel steht: »Wir bilden aus. Industrie-Mechaniker/in. Industrie-Kaufmann.«

640 Angestellte hat das Unternehmen, im vergangenen Jahr erwirtschaftete es 80 Prozent seines Umsatzes durch den Export. Heckler & Koch gilt als guter Arbeitgeber, der ordentliche Gehälter zahlt. Der Werbeslogan des Unternehmens lautet: »Keine Kompromisse.«

Diese Informationen sind öffentlich zugänglich, im Internet, im Geschäftsbericht kann man sie zusammensuchen. Zu einem Gespräch mit der ZEIT ist Heckler & Koch nicht bereit, eine Besichtigung der Fabrik wird nicht gestattet.

Nur die Souvenirs und kleinen Geschenkartikel in der Eingangshalle darf man sich ansehen. Einen goldenen Kugelschreiber »in Patronenoptik« gibt es da zu kaufen, für 19,90 Euro, silberne Anstecker in Form von Maschinenpistolen für drei Euro und ein Mousepad mit aufgedrucktem Gewehr für fünf Euro.

Auch der Bürgermeister zeigt sich zurückhaltend. Er gebe keine Interviews, schreibt er in einer E-Mail. In einer früheren Antwort hat er mitgeteilt, Journalisten hätten »in der Vergangenheit nur tendenziös und klischeehaft über die in unserer Stadt ansässigen wehrtechnischen Unternehmen berichtet.«

Die Staatsanwaltschaft durchsucht die Firmenzentrale in Oberndorf

Das Unternehmen Heckler & Koch hat eine lange Vergangenheit. Schon 1812 wurde die Königlich Württembergische Gewehrfabrik in Oberndorf angesiedelt. 60 Jahre später, als anderswo in Deutschland Nähmaschinenmanufakturen und Lokomotivwerkstätten entstanden, gründeten die Brüder Wilhelm und Paul Mauser hier eine Kleinwaffenfabrik, die bald die Werkstätten des Königs kaufte. Oberndorf wuchs, weil Mauser wuchs und Arbeiter brauchte. Die Fabrik belieferte die halbe Welt, auch das Gewehr »Mauser Modell 98«, die Standardwaffe der Wehrmacht im »Dritten Reich«, kam aus Oberndorf.

Nach dem Krieg gründeten ehemalige Mauser-Ingenieure das Unternehmen Heckler & Koch. Seitdem hat Deutschlands größte Gewehrfabrik einen neuen Namen, die spezielle Beziehung zwischen Oberndorf und den Waffen aber blieb erhalten.

Im März 2010 gehen bei den Ermittlungsbehörden in Stuttgart Hinweise ein, Heckler & Koch habe beim Export der G36-Gewehre nach Mexiko gegen die Auflage der Bundesregierung und damit gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz verstoßen. Die Staatsanwaltschaft lässt zweimal die Firmenzentrale in

Oberndorf durchsuchen. Auch in den Privatwohnungen von Geschäftsführern und leitenden Angestellten des Unternehmens finden Razzien statt. Heckler & Koch weist den Verdacht zurück. Die Mexikaner hätten zugesichert, die Gewehre nicht in die Unruheprovinzen weiterzuverfrachten, von abweichenden Überlegungen habe das Unternehmen nichts gewusst. So lassen es die Geschäftsführer von Heckler & Koch nach der Hausdurchsuchung öffentlich verbreiten.

Es ist eine Argumentation, die nicht zu den Aussagen des ehemaligen Handelsvertreters des Unternehmens in Mexiko passt. Der Mann, ein früherer Bundeswehrsoldat mit Scharfschützenausbildung, der seit Jahren in Mexiko lebt, hatte den Kontakt zwischen dem mexikanischen Verteidigungsministerium und dem deutschen Unternehmen hergestellt. Gegenüber der ZEIT berichtet er, Mitarbeiter von Heckler & Koch hätten mexikanische Polizisten in den vier Krisenprovinzen persönlich mit dem Gebrauch des G36 vertraut gemacht. »Wir wollten sicherstellen, dass die Polizisten sich nicht gleich ins Bein schießen, wenn sie die Waffe bekommen«, sagt der ehemalige Handelsvertreter.

Der ZEIT liegt eine Urkunde vor, die den Heckler-&Koch-Ausbildern als Dank für eine solche Schulung überreicht wurde. Unten stehen das Datum, der 26. November 2008, und der Ort, Guadaluajara, die Hauptstadt von Jalisco, einem der vier Bundesstaaten, die von der Exporterlaubnis ausgenommen waren.

Nach der Lieferung der Gewehre stellte Heckler & Koch bei der Bundesregierung den Antrag, auch Ersatzteile für das G36 nach Mexiko liefern zu dürfen. Als Ziel gab das Unternehmen auch die vier verbotenen Provinzen an. Die deutschen Behörden fragten nach, bei Heckler & Koch sprach man von einem Versehen und korrigierte den Antrag. So steht es in einem internen Bericht des Zollkriminalamts, der der ZEIT bekannt ist.

Es ist nicht das erste Mal, dass G36-Gewehre in Krisengebieten auftauchen. Im Jahr 2008 führt Georgien Krieg gegen Russland, auf Fotos von den Kämpfen sind georgische Spezialeinheiten mit G36-Gewehren zu erkennen. Als Angela Merkel zwei Jahre später in der Hauptstadt Tbilisi zu Besuch ist, wird sie von georgischen Sicherheitskräften bewacht, auch sie sind laut Zeugenaussagen mit G36-Gewehren bewaffnet. Das Merkwürdige daran: Die Bundesregierung hat für den Export nach Georgien nie eine Genehmigung erteilt.

Im Jahr 2011 finden libysche Rebellen in den Depots des Diktators Muammar al-Gaddafi zahlreiche G36-Gewehre, noch originalverpackt von Heckler & Koch. Hochofreut über die Beute, benutzen sie die

modernen Waffen beim Sturm auf die Hauptstadt Tripolis. Auch für Gewehrexperte nach Libyen gab es keine Genehmigung der Bundesregierung.

Man habe Georgien und Libyen nie beliefert, so lautet die Antwort von Heckler & Koch. Auch bei dem Geschäft mit Mexiko habe man selbstverständlich die Auflage eingehalten, keine Gewehre in die vier Unruheprovinzen zu exportieren. »Heckler & Koch ist ein Unternehmen, das sich an Recht und Gesetz der Bundesrepublik Deutschland hält.« Das ist über Jahre die Reaktion des Unternehmens auf jegliche Anschuldigung – bis zu diesem Frühjahr.

Ein saudisches Unternehmen produziert das deutsche Schnellfeuergewehr

Am 24. April 2013 hängt plötzlich ein Schreiben am Schwarzen Brett der Firma in Oberndorf, unterzeichnet von den beiden Geschäftsführern. Vielleicht wissen sie zu diesem Zeitpunkt schon, dass in Mexiko unschuldige Menschen durch Gewehre von Heckler & Koch getötet worden sein könnten. Vielleicht wird ihnen der Druck zu groß. Bei einer Unterredung zwischen der Geschäftsführung, dem Betriebsrat und den Anwälten von Heckler & Koch fällt der Satz, die Existenz des Unternehmens stehe auf dem Spiel. So geht es aus einer Mitschrift hervor.

In dem Aushang am Schwarzen Brett, der der ZEIT vorliegt, ist zu lesen, es bestehe »der dringende Tatverdacht gegen zwei langjährige Mitarbeiter, Waffenlieferungen in nicht genehmigungsfähige mexikanische Bundesstaaten im Zusammenwirken mit einem Handelsvertreter in Mexiko veranlasst zu haben. Dies erfolgte durch die beiden Mitarbeiter eigenmächtig und ohne Wissen und Willen anderer Personen im Unternehmen.«

Kurz gesagt, die Geschäftsführung hat damit nichts zu tun. Weiter heißt es: »Die Heckler & Koch GmbH hat die Mitarbeiter mit sofortiger Wirkung freigestellt.«

Die beiden Angestellten, einer von ihnen der für Mexiko zuständige Vertriebsleiter in Oberndorf, wollten die Kündigung nicht akzeptieren und reichten Klage ein. Vergangene Woche wurde der Fall vor dem Arbeitsgericht in Villingen-Schwenningen verhandelt. Unvermittelt tat sich ein Spalt auf, der der Öffentlichkeit einen kurzen Einblick in ein verschwiegenes Gewerbe ermöglichte.

Vor Gericht blieb der ehemalige Vertriebsleiter für Mexiko auch auf Nachfragen dabei, er habe die Geschäftsführung in E-Mails über die Details der Exporte informiert. Auch sonst habe er sich mehrmals direkt an die Geschäftsführung gewandt, »besonders, wenn es schnell gehen sollte«. Der Anwalt von Heckler & Koch räumt ein, dass ein ehemaliger Geschäfts-

führer wohl tatsächlich darüber Bescheid wusste, dass die Gewehre auch in die Unruheprovinzen exportiert wurden. Mitte Januar wird das Arbeitsgericht sein Urteil verkünden.

Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen Heckler & Koch dauern an. Der Anwalt des Unternehmens sagt, er gehe davon aus, dass die Strafverfolger Anfang kommenden Jahres Anklage wegen Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz erheben werden. Wenn es so kommt, könnte man sagen, die Bundesrepublik Deutschland wehrt sich gegen Heckler & Koch.

Auf der einen Seite ein Staat mit moralischen Grundsätzen, auf der anderen ein Unternehmen, das diese unterläuft. Dies ist das Bild, das hier entsteht, wäre da nicht eine Szene, die Anfang dieses Jahres in einer riesigen Messehalle in Abu Dhabi, der Hauptstadt der Vereinigten Arabischen Emirate, zu betrachten war.

Mit Orden behängte Offiziere der Armeen Jordaniens, Ägyptens, des Irans, Omans, Katars und anderer Staaten des Nahen und Mittleren Ostens stehen in Ausgehuniform in einer Schlange und warten darauf, ein G36 in die Hände zu halten.

Um die Männer herum sind Panzer und Panzerabwehrraketen aufgereiht, kugelsichere Westen und Projektilen, die auch Schutzwesten durchschlagen, Tellerminen und Minensuchgeräte. Hostessen überreichen Broschüren, und draußen vor der Halle hetzen Soldaten durch den Wüstensand und verschießen Platzpatronen.

Die International Defence Exhibition & Conference, kurz IDEX, ist die größte Waffenmesse im Nahen Osten, alle zwei Jahre findet sie statt, zuletzt wurde sie im Februar 2013 abgehalten. Rüstungsunternehmen aus der ganzen Welt zeigen hier, auf neue Kunden hoffend, ihre Produkte. Auch deutsche Firmen sind dabei.

Die G36-Gewehre aber sind nicht nur am Stand von Heckler & Koch ausgestellt. Die Warteschlange der herausgeputzten Offiziere, sie hat sich vor dem Stand des Rüstungsunternehmens Military Industries Corporation (MIC) aus Saudi-Arabien gebildet. Hier steht das G36 auf polierten Glasplatten, von unten beleuchtet, links die Standardversion, rechts die Variante mit kürzerem Lauf, besonders geeignet für den Häuserkampf. Daneben sitzt ein Mann im weißen Kaftan, ein Mitarbeiter des Rüstungsunternehmens.

Das G36 wird nicht nur in Oberndorf gebaut. Seit zwei Jahren läuft es auch in einer gigantischen Fabrik in der Wüstenstadt Al-Kharsch in Saudi-Arabien vom Band, eines der ersten Exemplare bekam

Fortsetzung auf S. 16

»Medizintechnik statt Maschinengewehre«

Der Bundestagsabgeordnete Jan van Aken findet, Arbeitsplätze in der deutschen Rüstungsindustrie seien kein Argument angesichts des Elends, das deutsche Waffen weltweit verursachen

DIE ZEIT: Sie haben im Bundestag gesagt, hierzulande werde jede Pommesbude strenger überwacht als die Rüstungshersteller. Die Bundesregierung beteuert aber, Deutschland habe die strengsten Exportregeln überhaupt. Wie passt das zusammen?

Jan van Aken: Jeder Imbiss wird kontrolliert, ob er das Öl in der Fritteuse regelmäßig wechselt. Nach genehmigten Rüstungsexporten aus Deutschland prüft niemand, wo die Waffen letztlich landen. Die Bundesrepublik liefert angeblich nur an Freunde – und Freunde kontrolliert man nicht. Solche Hemmungen haben die Amerikaner nicht: Die schauen auch bei Verbündeten nach, ob gelieferte Flugabwehrraketen noch vollzählig in den Depots liegen.

ZEIT: Momentan ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen Mitarbeiter von Heckler & Koch wegen illegaler Exporte im Fall Mexiko. Experten erwarten, dass es im nächsten Jahr zur Anklage kommt. Zeigt das, dass es doch Kontrolle gibt?

Jan Aken: Die Bundesregierung bleibt hier komplett passiv. Sie wartet das Ende der Ermittlungen ab, bevor sie sich zu Konsequenzen gegen Heckler & Koch aufrafft. Wenn es zu einem Urteil kommt, ist das allein ein Erfolg der Zivilgesellschaft. Die Anzeige gegen Heckler & Koch kam aus der Friedensbewe-

gung. Die Regierung hat bisher lediglich Heckler & Koch untersagt, weitere Waffen nach Mexiko zu verkaufen. Das ist ein halberzögerlicher Schritt! Ich fordere einen generellen Exportstopp für Heckler & Koch.

ZEIT: Das wäre das Ende des Unternehmens. 80 Prozent des Umsatzes kommen aus dem Export.

Jan Aken: Dem Unternehmen bliebe immer noch der deutsche Markt. Bundeswehr und Polizeibehörden sind treue Kunden. Zudem könnte sich Heckler & Koch umstellen – und Medizintechnik statt Maschinengewehre produzie-

ren. Aber selbst wenn die Firma ihre Produktion einstellen müsste: Rechtfertigen einige Hundert Arbeitsplätze wirklich diese vielen tödlichen Exporte? ZEIT: Union und SPD haben sich bei den Koalitionsverhandlungen darauf geeinigt, Kleinwaffen künftig fälschungssicher markieren zu lassen. Könnten damit illegale Exporte verhindert werden?

Jan Aken: So lassen sich die Wege der Waffen zurückverfolgen – das schreckt sicherlich ab. Ich bin allerdings dafür, auch legale Exporte zu verhindern. Deutschland sollte keine Kleinwaffen mehr exportieren.

ZEIT: Vertreter der Rüstungsindustrie dürften darauf erwidern, das mache die Welt nicht

friedlicher: Wenn wir nicht liefern, werden es andere tun.

Jan Aken: Erst mal stimmt das Argument ja auch. Wenn Saudi-Arabien Sturmgewehre anschaffen will, die Bundesregierung aber die Ausfuhr verweigert, kaufen die Saudis eben in Belgien. Doch wenn Deutschland als zweitgrößter Kleinwaffenexporteur der Welt alle Ausfuhren stoppt, ist das ein eindrucksvolles Zeichen. Auch beim Verbot von Anti-Personen-Minen haben einzelne Staaten zunächst die Produktion im eigenen Land verboten. Später sind fast alle anderen Länder dem Beispiel gefolgt. Heute sind diese heimtückischen Waffen geächtet.

Die Fragen stellte HAUKE FRIEDERICHS



Jan van Aken, 52, ist Rüstungsexperte der Partei Die Linke

Auch auf der Waffenmesse IDEX in Abu Dhabi wird das G36 präsentiert – aus saudi-arabischer Produktion



Fotos (Auschnitt): Martin von den Driesch/Visum; Theodor Barth/Jaif (u)

Fortsetzung von S. 14

Der Tod kommt ...

ein saudischer Prinz geschenkt. Das ist keine dreiste Art der Produktpiraterie, sondern eine spezielle Form des Rüstungsexports.

MIC hat von Heckler & Koch die Lizenz erworben, das G36 nachzubauen, und dem deutschen Unternehmen die nötigen Baupläne und Spezialmaschinen abgekauft. In Oberndorf bildete Heckler & Koch arabische

Arbeiter aus, die Betriebskantinen passte ihren Speiseplan den Bedürfnissen der muslimischen Gäste an.

Die Bundesregierung hat das Geschäft genehmigt. Und das, obwohl sie selbst in ihrem alle zwei Jahre erscheinenden Bericht zur Menschenrechtspolitik über Saudi-Arabien schreibt: »Körperstrafen wie z. B. das Auspeitschen werden regelmäßig vollzogen. Dissiden-

ten werden inhaftiert, Geständnisse erzwungen. Freie Meinungsäußerung ist nur teilweise möglich. Die Religionsausübung ist für nicht-muslimische Religionen verboten, die schiitische Minderheit im Osten des Landes wird diskriminiert.«

Anders gesagt: Die Wahrscheinlichkeit, dass die G36-Gewehre in Saudi-Arabien zu fortwährenden und systematischen Menschenrechtsverletzungen missbraucht werden, ist nicht gering.

Die Bundesregierung kommentierte die Rüstungsgeschäfte mit den Saudis mit dem Satz: »Das Königreich Saudi-Arabien ist für Deutschland ein wichtiger Partner, politisch wie wirtschaftlich sowie bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Saudi-Arabien nimmt eine zentrale Rolle bei der Lösung regionaler Konflikte ein.« Und Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte vor zwei Jahren in einer Grundsatzrede vor Sicherheitsexperten: »Wir müssen die Staaten, die bereit sind, sich zu engagieren, auch dazu befähigen. Ich sage ausdrücklich: Das schließt auch den Export von Waffen mit ein – dies selbstverständlich nur nach klaren und weithin anerkannten Prinzipien.«

Als Ausdruck dieser Prinzipien hat die Regierung auch das Geschäft mit Saudi-Arabien mit einer Auflage versehen. Die Saudis bekommen die Lizenz zum Nachbau des G36 nur, wenn sie sich verpflichten, die Gewehre nicht in andere Länder zu exportieren. Das war die Bedingung.

Die Saudis stimmten zu – bieten die Gewehre jetzt aber auf internationalen Waffenmessen an. Bis vor Kurzem wurde das G36 auch auf der MIC-Internetseite präsentiert. Unter einem Bild des Gewehrs stand der Hinweis, dass dem Kunden jeweils neun Gewehre in einer Holzkiste geliefert würden, jedes verpackt in einem eigenen Karton. Nach Medienberichten in Deutschland verschwand die Seite aus dem Netz.

Offiziell kann die Bundesrepublik dem Kunden Saudi-Arabien die Lizenz zum Nachbau des G36 jederzeit wieder entziehen. Die Saudis können das Gewehr dann nicht mehr bauen, auch nicht illegal, weil sie weiterhin spezielle Ersatzteile aus Deutschland brauchen. Das ist die offizielle Position der Bundesregierung und von Heckler & Koch.

Ein ehemaliger hochrangiger Manager des Unternehmens aber sagt gegenüber der ZEIT: »Es ist ein Irrtum, zu glauben, dass Saudi-Arabien für die Produktion des G36 unbedingt deutsche Teile braucht.« Die Fabrik sei ja errichtet, die Maschinen seien justiert, die Ingenieure und Arbeiter eingewiesen, die Saudis könnten alles selbst produzieren.

Heckler & Koch und die Bundesregierung haben demnach keinen Einfluss mehr auf die Produktion des G36 in Saudi-Arabien. Die Gewehre laufen vom Band, solange die Saudis das wollen. Deutschland hat keine Kontrolle mehr über die Produktion deutscher Gewehre.

Es ist, als ob sich die Geschichte wiederholt. Der Vorgänger des G36 war das G3. Es ist fast anderthalb Kilo schwerer als das G36 und feuert zehn Schuss pro Sekunde ab, nicht zwölf. Als es Ende der Fünfziger auf den Markt kam, war es eines der besten und modernsten Gewehre der Welt, entwickelt und produziert von Heckler & Koch.

Heute gibt es mindestens sieben Millionen G3-Gewehre auf der Welt. Obwohl Heckler & Koch die Waffe seit Jahren nicht mehr baut, kommen jeden Tag neue dazu, zusammengeschraubt in Pakistan, dem Iran und anderen Staaten.

Anders als das G36 hatte Heckler & Koch das G3 speziell für die neu entstandene Bundeswehr entwickelt, finanziert vom Verteidigungsministerium. Deshalb liegen die Lizenzrechte für das G3 bei der Bundesrepublik Deutschland.

Zwischen 1961 und 1981 verkaufte und verschenkte die wechselweise von Union und SPD geführte Bundesregierung die Lizenzen zur Produktion des G3 an mehr als ein Dutzend Länder, zur Stärkung echter oder vermeintlicher Verbündeter.

Eine der ersten Lizenzen erwarb Anfang der sechziger Jahre der damalige portugiesische Diktator António de Oliveira Salazar, der dann Tausende G3-Gewehre an das südafrikanische Apartheidregime weiterverkaufte. Später erhielt der Schah von Persien die Lizenz, der als Partner des Westens galt,

ähnlich wie heute der saudische König Abdullah. Nach dem Sturz des Schahs errichtete der iranische Revolutionsführer Ajatollah Chomeini einen neuen Staat, die Gewehre ließ er weiter produzieren – und verkaufte sie an verbündete Staaten und Terrororganisationen. Noch heute laufen die G3-Gewehre im Iran vom Fließband.

Auch Pakistan (1963), die Türkei (1967), Saudi-Arabien (1969), Thailand (1971), Brasilien (1976), Griechenland (1977), Mexiko (1979) und Myanmar (1981) erhielten Lizenzen. Mit der Folge, dass das G3 nach dem russischen AK-47, der Kalaschnikow, das am weitesten verbreitete Gewehr der Welt ist.

Mit dem G3 feuerten türkische Truppen auf kurdische Zivilisten, Hisbollah-Kämpfer auf die israelische Armee und Iraker auf Iraker. Mit dem G3 schießen auch syrische Rebellen, somalische Piraten und afghanische Taliban. Manchmal treffen sie deutsche Soldaten.

In den vergangenen 50 Jahren gab es wenige Kriege auf der Welt, in denen dieses Gewehr nicht im Einsatz war. Militärisch gesprochen, ist auch das G3 ein Schnellfeuergerät. Ökonomisch gesehen, ist es eines der erfolgreichsten Produkte, die die Bundesrepublik Deutschland hervorgebracht hat.

Es gibt einen Mann, der mit Hunderten von Menschen in Afrika und der Türkei gesprochen hat, die das G3 verwundet, verstümmelt, zu Waisen gemacht hat. Er heißt Jürgen Grässlin, ist 56 Jahre alt und Realschullehrer in Freiburg im Breisgau.

Grässlin unterrichtet Deutsch, Erdkunde und Kunst. Daneben hat er noch einen zweiten Beruf. Grässlin ist Rüstungsgegner.

Seit drei Jahrzehnten arbeitet er daran, die Republik von den Waffen abzubringen. Grässlin verteilt Flugblätter vor der Zentrale von Heckler & Koch und vor so ziemlich jeder anderen Militärfabrik in Deutschland. Er hält Reden auf den Hauptversammlungen von Rüstungskonzernen, bis ihm die Veranstalter das Wort entziehen. Beim Frühstück liest er Waffen- und Söldnermagazine, weil dort oft zuerst steht, welches neue Gewehr, welche Granate in welchem Land im Einsatz ist. Grässlin ist Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft – und damit so etwas wie Deutschlands oberster Pazifist.

Grässlin war es, der wegen des Mexiko-Geschäfts Strafanzeige gegen Heckler & Koch erstattet hat, durch ihn kamen die Dinge ins Rollen. Sollte die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen einstellen, will er auch gegen die Beamten vorgehen, wegen Strafreitelung im Amt.

Jetzt sitzt er zwischen Yucca-Palme und Altar im Evangelischen Gemeindezentrum im mecklenburgischen Bad Kleinen, um sein neues Buch vorzustellen. Es heißt *Schwarzbuch Waffenhandel* und beschreibt auf 624 Seiten die Geschäfte deutscher Rüstungsunternehmen.

Zu Hause in Baden-Württemberg sind gerade Herbstferien. Grässlin ist auf Lesereise. Doch Bad Kleinen ist nicht groß, nur 15 Zuhörer sind gekommen, die meisten haben graue Haare.

Am Anfang seines Buches zeigt Grässlin das Foto eines apathisch blickenden Mannes mit einer Delle im Kopf. Darunter steht: »Mohamed Jama aus Berbera (Nordsomaliland) erhielt bei einem mit G3-Gewehren verübten Massaker einen Kopfschuss. Er wird zeitlebens geistig behindert sein.«

Grässlin sagt, das G36 sei die kommende Waffe der Kindersoldaten dieser Welt, weil es so leicht ist. Als er seinen Vortrag beendet hat, fragt ein Mann, wem dieses Unternehmen eigentlich gehöre, diese Fabrik, die all die Gewehre und Maschinenpistolen produziert.

Grässlin schaut kurz in die Runde, dann fragt er zurück: »Kennen Sie Andreas Heeschchen?«

London, Young Street, ein schmales Geschäftshaus aus viel Glas und Marmor. Hier hat Heeschchen sein Büro, ein Firmenschild hat er nicht. Andreas Heeschchen, 53, ist seit elf Jahren Hauptgeschäftsführer der Muttergesellschaft von Heckler & Koch.

Auch Heeschchen spricht nicht mit der ZEIT. Auch über ihn ist aber einiges bekannt, anderes erfährt man von Leuten, die ihn kennen.

Heeschchen stammt aus Nordhorn in Niedersachsen. Er besuchte das Internat Schloss Neu-

beuern in Bayern, dem er hin und wieder etwas spendiert. Später wurde er Investmentbanker, verdiente viel Geld, ehe er anfing, Firmen zu kaufen.

Heeschchen ist kein Rüstungsunternehmer, kein Waffenliebhaber. Er ist Finanzinvestor. Er handelt mit Unternehmen wie andere Leute mit Flohmarktplunder. Früher gehörte ihm ein Waschmittelunternehmen, dann eine Firma, die Rasenmäher baut. Als im Jahr 2002 das Unternehmen Heckler & Koch günstig zu haben war, griff er zu.

Heeschchen geht es nicht um das Produkt, sondern ums Geld. Er kauft ein Unternehmen billig und verkauft es teuer, das ist sein Geschäft. Einen hohen Verkaufspreis aber erzielt er nur, wenn das Unternehmen einen hohen Gewinn einfährt.

Ein ehemaliger Manager von Heckler & Koch sagt gegenüber der ZEIT, seit Heeschchen das Unternehmen besitze, würden alle moralischen Grundsätze des Rüstungsgeschäfts der Rendite untergeordnet.

Trotzdem steht Heckler & Koch wirtschaftlich unter Druck. Die Industrienationen müssen sparen. Sie kürzen ihre Verteidigungsetats, kaufen weniger Gewehre. Für Andreas Heeschchen bedeutet das: weniger Einnahmen. In einem seiner wenigen Interviews sagte er, die Finanzkrise sei »eine echte Horrorzeit« gewesen. Laut Zeitungsberichten hat er sein Anwesen auf der Karibikinsel Mustique zum Verkauf angeboten – für 9,3 Millionen Pfund, umgerechnet 11,1 Millionen Euro. Angeblich zu einem Zeitpunkt, als Michael und Carole Middleton, die Eltern von Prinzessin Kate, genau ein solches Objekt suchten.

Was Heckler & Koch jetzt braucht, wie jedes Unternehmen, dessen Märkte schwinden, ist eine Innovation, ein neues, nie da gewesenes Produkt. Eine Waffe, die auch jene zum Kaufen bringt, die eigentlich sparen wollen.

Das XM25 könnte so eine Erfindung sein. Als Prototyp existiert es schon, die amerikanische Armee hat es in Afghanistan eingesetzt.

Das XM25 sieht aus wie ein Gewehr, ist aber ein Granatwerfer. Es ist die Antwort auf ein Problem, das so alt ist wie die Erfindung der Schusswaffe: Gewehre können nicht um die Ecke schießen. Das XM25 kann es.

Angenommen, der Feind versteckt sich an einer Straßenecke hinter einem Haus. Mit einem Schnellfeuergerät wie dem G36 ist er nicht zu treffen. Mit dem neuen Granatwerfer von Heckler & Koch aber visiert der Soldat die Straßenecke an, ein kleiner Computer im Inneren der Waffe errechnet automatisch die Entfernung. Der Soldat drückt ab, eine daumengroße Granate rast auf das Haus zu und explodiert an der Straßenecke, direkt neben dem Feind. Der Mann ist tot.

In jedem seiner Vorträge spricht Jürgen Grässlin das liebste Argument all derer an, die an Waffen

ANZEIGE

DIE ZEIT empfehlen, Prämie wählen!

Empfehlen Sie DIE ZEIT und freuen Sie sich über eine attraktive Prämie Ihrer Wahl, z. B. den Le Creuset-Bräter »Ovale«.



www.zeit.de/praemien

DIE ZEIT

nichts Schlimmes finden. Es lautet: Nicht die Waffe ist böse, sondern der Mensch, denn streng genommen ist fast alles eine Waffe, auch eine Gabel kann töten.

Jürgen Grässlin sagt: »Stimmt. Aber Hunderte, Tausende Menschen zu ergablen ist ziemlich schwierig.« Dann hebt er die Arme an, als halte er ein G36 in der Hand. Er sagt: »So ist es viel einfacher.« Er schwenkt das imaginäre Gewehr von links nach rechts und macht ein knatterndes Geräusch. Rattattattatta!

Mitarbeit: JOHN F. JUNGCLAUSSEN, CARLOS A. PÉREZ RICART



Wenn sich alle einig sind, fangen wir an zu zweifeln.

SPIEGEL-Leser wissen mehr.

DER SPIEGEL